



sgv  usam



Medienmitteilung

1. September 2025

Juso-Initiative zerstört Schweizer Unternehmertum

Unternehmerinnen und Unternehmer in der Schweiz sind sich einig: Die Juso-Initiative ist eine massive Gefahr für den gesamten Standort Schweiz und damit für alle Unternehmen. Ein Ausverkauf von Firmen, Know-how und Tradition und der Verlust hoher Steuereinnahmen wären die Folge. Auch kleine Unternehmen sind indirekt durch Mehrbelastungen wegen Steuerausfällen oder als Lieferanten betroffen. Funktionierende Klimamassnahmen würden durch staatliche Planwirtschaft ersetzt, Innovationen gehemmt. Vier Unternehmerinnen und Unternehmer aus dem Mitgliederkreis von economiessuisse, dem Schweizerischen Gewerbeverband und Swissmem zeigen, wie gefährlich die Juso-Initiative ist.

Während die JUSO einmal mehr das Klassenkampflied spielt, sehen viele Familienunternehmerinnen und -unternehmer angesichts der Initiative für eine neue Bundeserbschaftssteuer ihr Lebenswerk und jenes ihrer Vorfahren in Gefahr. Denn die Juso-Initiative erlaubt explizit keine Ausnahmen von der brutalen Besteuerung von 50 Prozent auf Nachlässen über 50 Millionen Franken und gefährdet damit den Fortbestand traditionsreicher Familienunternehmen, die in ihren Regionen wichtige Arbeitgeber sind und am Standort Schweiz sehr viel in Innovation und Ausbildung investieren.

So auch die direkt betroffene, fast 150-jährige EMCH Aufzüge AG in Bern, bei der die Medienkonferenz stattfindet. Seit 23 Jahren wird sie von Bernhard Emch und seinem Bruder Hansjürg geführt und kontinuierlich ausgebaut. Die Übergabe an die nächste Generation muss langfristig aufgelegt werden. Ein Ding der Unmöglichkeit, würde die Juso-Initiative angenommen: «Wir sind ein in der Schweiz verwurzelttes Industrieunternehmen mit grossen Werkhallen und Maschinenpark, vor allem aber vielen spezialisierten Mitarbeitenden. Unser Vermögen steckt in Patenten und im Unternehmen und liegt nicht auf unserem Bankkonto», warnt Geschäftsleiter **Bernhard Emch**. Weil das Unternehmensvermögen nicht einfach liquidiert werden kann und Kredite zur Begleichung der Steuer illusorisch sind, bliebe nur der Verkauf von Unternehmensanteilen oder gar der ganzen Firma. Ein Verkauf ins Ausland und der Verlust der lokalen Arbeitsplätze wäre wahrscheinlich. Profiteure dieser Zerschlagung sind in vielen Fällen Grosskonzerne aus der Branche oder ausländische Finanzinvestoren, die keinen Bezug zu Mitarbeitenden, Werkplatz und Tradition haben.

Isabelle Harsch, CEO von Henri Harsch HH SA, weiss, welcher Kraftakt mit einer Generationenübergabe verbunden ist. Sie kann nur gelingen, wenn eine saubere finanzielle Planung erfolgt und viel Arbeit investiert wird. Isabelle Harsch hat das Transportunternehmen 2015 von ihrem Vater übernommen, während viele Unternehmensübergaben bereits aus finanziellen Gründen scheitern. Ihren Willen zur Erneuerung hat Isabelle Harsch im Firmennamen manifestiert, das Unternehmen heisst nun Harsch – The Art of Moving Forward. Genau dieses Vorwärtsgehen würde jedoch durch die Juso-Initiative verunmöglicht. Denn Innovation und Fortschritt erfordern finanzielle Mittel. «Wenn man Unternehmen bei der Übergabe an die nächste Generation finanziell an den Abgrund treibt, gefährdet man den gesamten Unternehmensstandort und jeglichen Fortschritt», hält die Unternehmerin fest.

Die Juso-Initiative wäre nicht nur für direkt von der Steuer betroffene Unternehmen ein fahrlässiges Eigengoal, ist **Marco Sieber**, Mitinhaber und Verwaltungsratspräsident SIGA, überzeugt. Viele



sgv  usam



exportorientierte Unternehmen wie seines werden bereits durch die US-Zölle arg gebeutelt. «Eine weitere Schwächung der Standortbedingungen durch die Juso-Initiative wäre auch Gift für viele KMU. Denn wenn betroffene Unternehmen verkauft werden oder ins Ausland verlagert werden, fehlen in der Schweiz Aufträge und Steuereinnahmen. Beides bekommen die KMU direkt zu spüren. «Höhere Steuern aufgrund wegfallender Einnahmen und unsinnige Regulierungen als Folge des Gesamtumbaus der Wirtschaft wären die unvermeidlichen Folgen», schliesst Sieber.

Schliesslich missbraucht die Initiative die Klimapolitik als Vorwand für einen radikalen Umbau der Wirtschaft. Was sie dabei ausser Acht lässt: Die Schweiz verfolgt bereits eine gut abgestützte und demokratisch legitimierte Klimapolitik. Schweizer Unternehmen leisten bedeutende Beiträge zur Nachhaltigkeit, insbesondere im Bereich Forschung und Entwicklung. **Wim Ouboter**, CEO Micro Mobility Systems, hat in den letzten Jahrzehnten aus Eigeninitiative und Überzeugung Millionen in klimafreundliche Mobilität investiert. Immer auf eigenes Risiko und ohne staatliche Hilfe. Würde bei der Unternehmensübergabe an seine Söhne eine Erbschaftssteuer fällig, fehle definitiv das Geld, um weitere Innovationen und Visionen voranzutreiben. Er ist überzeugt, dass das dem Klima nicht helfen wird: «Eine staatlich verordnete Klimapolitik würde sämtliche Bemühungen der Unternehmen untergraben, ohne konkrete Verbesserungen für den Klimaschutz zu bringen.»

Rückfragen:

Bernhard Emch: b.emch@emch.com

Isabelle Harsch: isabelle.harsch@harsch.ch

Marco Sieber: marco.sieber@sigaswiss.com

Wim Ouboter: Wim.Ouboter@micro.ms